

Die Keynes'sche Revolution, Teil 2

- 13. Roy F. Harrod: Wachstum - Auf des Messers Schneide
- 14. Nicholas Kaldor: Einkommensverteilung unter Keynes'schen Bedingungen
- 15. Carl Föhl: Einbeziehung von Angebotsfaktoren in die Verteilungstheorie
- 16. John Richard Hicks: Das IS/LM-Schema
- 17. Milton Friedman: Die Rolle der Erwartungen
- 18. Beschäftigung und Wachstum des Inlandsproduktes

13. Roy F. Harrod: Wachstum - Auf des Messers Schneide

Roy F. Harrod zählt zu den Begründern der keynesianisch orientierten Wachstumstheorie. Er spricht in diesem Zusammenhange von dynamischer Theorie, versteht hierunter jedoch im Gegensatz zu Ragnar Frisch eine Theorie, deren Variablen nicht in ihrer absoluten Größe, sondern als Wachstumsrate untersucht werden. Aufgabe einer solchen dynamischen Theorie sei es, den gleichgewichtigen Wachstumspfad zu bestimmen.

Harrod beginnt seine Analyse, in dem er die keynesianische I-S-Gleichung so umformuliert, dass in ihr Wachstumsraten zum Ausdruck kommen:

$$(dY/Y) * (dK/dY) = (S/Y) \Rightarrow (dY/Y) = (s/k) \text{ mit}$$

dY/Y : Wachstumsrate des Inlandsproduktes,

dK/dY : Wachstumsrate des Kapitals (k : Kapitalkoeffizient),

S/Y : Sparrate (s).

Dieser Definitionsgleichung stellt er nun eine Gleichgewichtsbedingung gegenüber:

$$(dY/Y)_w * k_R = s \text{ mit}$$

$(dY/Y)_W$: die Wachstumsrate, die den Unternehmungsplänen entspricht,
 k_R : der für die geplante Produktion erforderliche Kapitalkoeffizient.

Aus der Gegenüberstellung beider Gleichungen zieht Harrod nun seinen ersten Schluss: Wenn die tatsächliche Wachstumsrate einen höheren Wert aufweist als die geplante Wachstumsrate, muss notwendigerweise der tatsächliche Kapitalkoeffizient kleiner sein als der erforderliche. Die Kapitalausrüstung wird hier von den Unternehmern als zu gering angesehen und die Investitionsaufträge werden ansteigen. Wenn hingegen die tatsächliche Wachstumsrate geringer ist als die geplante, werden die Investitionsaufträge zurückgehen.

Dies bedeute jedoch eine bemerkenswerte Instabilität des Systems. Das wirtschaftliche System kann dem gleichgewichtigen Wachstumspfad nur solange folgen, als es diesen Pfad nicht verlässt. Wird mehr oder weniger produziert als der gleichgewichtige Wachstumspfad nahe legt, dann driftet das System vom Gleichgewichtspfad weg, es gibt keinerlei Kräfte, die das System wiederum zum Gleichgewichtspfad zurückführen. Das Wachstum ist eine Bewegung auf des Messers Schneide.

Diesen beiden Gleichungen fügt Harrod nun noch eine dritte Gleichung hinzu, welche die Bedingungen für eine natürliche Wachstumsrate $(dY/Y)_N$ formuliert:

$$(dY/Y)_N * k_R = s$$

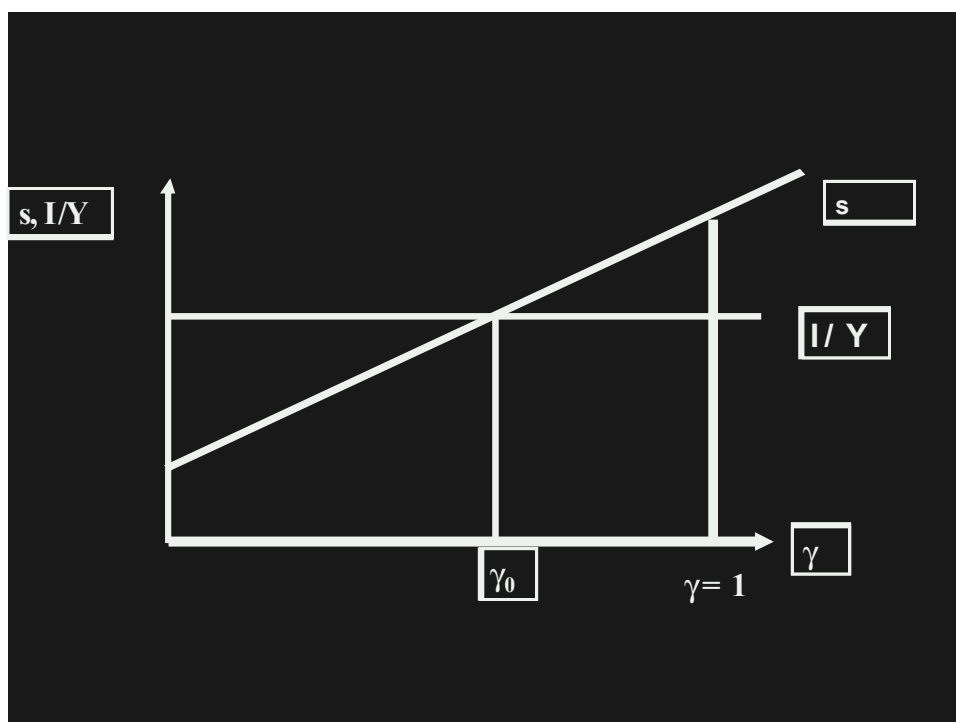
wobei die natürliche Wachstumsrate jene Rate darstellt, bei der alle Ressourcen ausgelastet werden und die dem Bevölkerungswachstum und dem technischen Fortschritt entspricht.

Die natürliche Wachstumsrate begrenzt auf lange Sicht die tatsächliche Wachstumsrate. Nach einer Depression (nach einer mangelnden Auslastung der Kapazitäten) könne zwar das tatsächliche Wachstum vorübergehend die natürliche Wachstumsrate kurzfristig übersteigen, auf lange Sicht jedoch könne das tatsächliche Wachstum nicht größer werden als es die natürliche Wachstumsrate zulässt.

Die Beziehung zwischen der geplanten und der natürlichen Wachstumsrate lege fest, ob die Wirtschaft für eine Reihe von Jahren überwiegend lebhaft oder niedergedrückt sei. Wenn die natürliche Wachstumsrate größer wird als die geplante, wird sich die Wirtschaft für längere Zeit eines Aufschwungs erfreuen können. Wenn aber die geplante Wachstumsrate die natürliche übersteigt, muss die tatsächliche Wachstumsrate die längste Zeit unter der geplanten Rate liegen, da ja die tatsächliche Wachstumsrate die natürliche nicht längere Zeit übersteigen kann. Dies bedeutet, dass unter diesen Bedingungen überwiegend Depressionszustände erwartet werden müssen.

14. Nicholas Kaldor: Einkommensverteilung unter Keynes'schen Bedingungen

Fragen der Einkommensverteilung wurden bei den bisher aufgezeigten Modellen außer Acht gelassen. Es war Nicholas Kaldor, der in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts die Einkommensverteilung ex pressis verbis in das keynesianische Lehrgebäude mit aufnahm. Betrachten wir hierzu ein einfaches Diagramm. Auf der Abszisse wird nun nicht das Inlandsprodukt, sondern die Gewinnquote als Maßstab für die Einkommensverteilung, auf der Ordinate hingegen die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse sowie die Investitionen, nun nicht in ihrer absoluten Größe, sondern als Investitionsquote und als Sparquote abgetragen.



In dieses Diagramm tragen wir nun als erstes die Investitionsfunktion ein. Wie bei Keynes wird auch hier von einer autonomen Investitionsfunktion ausgegangen, die Investitionsquote wird als konstante Größe angesehen, wobei vor allem davon ausgegangen wird, dass die Investitionsquote nicht von der Höhe der Gewinnquote abhängt. Die Investitionsfunktion ist somit eine Parallele zur Abszissenachse.

Als zweites tragen wir in unser Diagramm die gesamtwirtschaftliche Sparfunktion ein. Es wird unterstellt, dass die partiellen Sparquoten der Lohnempfänger (s_L) und der Gewinnempfänger (s_G) konstant sind, also sich bei Veränderung der Einkommensverteilung oder des Einkommens nicht verändern, dass aber die Sparquote der Gewinnempfänger deutlich höher ist als die der Lohnempfänger. Nun errechnet sich die gesamtwirtschaftliche Sparquote (s) aus folgenden Definitionsgleichungen:

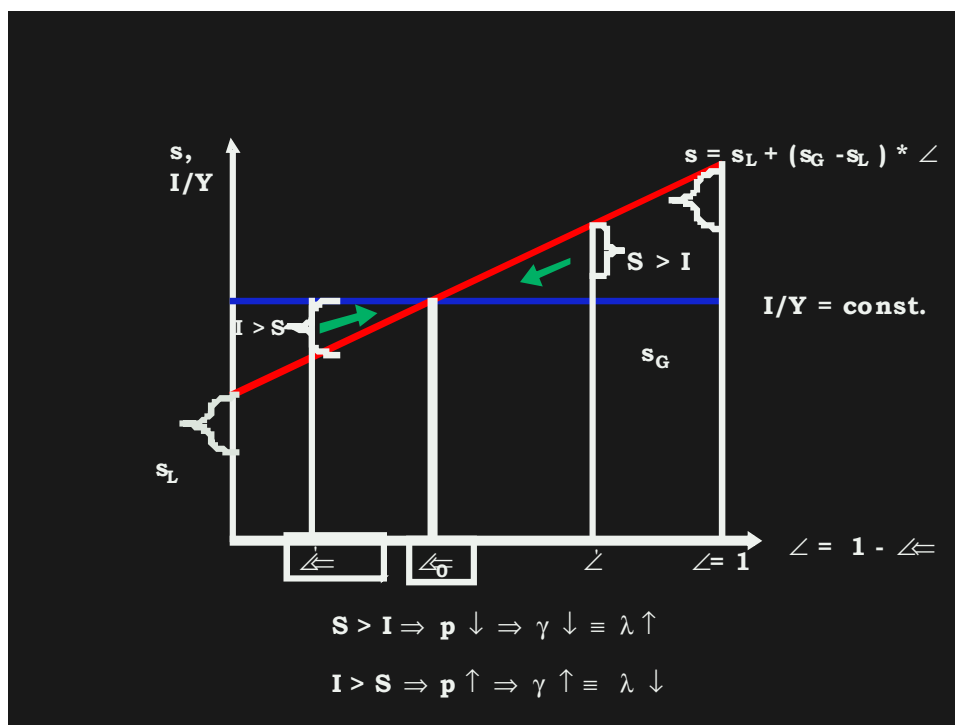
$$s = \frac{S}{Y} = \frac{S_L}{Y} + \frac{S_G}{Y} = s_L * (1 - \gamma) + s_G * \gamma$$

$$s = s_L + (s_G - s_L) * \gamma$$

Wenn die Gewinnquote null wäre, wenn also mit anderen Worten das gesamte Volkseinkommen den Lohnempfängern zufallen würde, entspräche die gesamtwirtschaftliche Sparquote der partiellen Sparquote der Lohnempfänger. Dies bedeutet, dass die gesamtwirtschaftliche Sparfunktion die Ordinatenaachse mit dem Wert von s_L schneidet. Wäre umgekehrt die Gewinnquote = 1, würde also das gesamte Volkseinkommen als Gewinneinkommen ausgeschüttet, so

entspräche die gesamtwirtschaftliche Sparquote der partiellen Sparquote der Gewinnempfänger. Bei dem Abszissenwert: ‚Gewinnquote = 1‘ erreicht die Sparfunktion den Wert s_G .

Der Schnittpunkt der Sparfunktion mit der Investitionsfunktion bestimmt die Gewinnquote (die Einkommensverteilung), bei der ein Gleichgewicht erreicht wird. Im Allgemeinen wird man auch unterstellen können, dass eine automatische Tendenz zu diesem Gleichgewicht besteht. Ist die tatsächliche Gewinnquote höher als die gleichgewichtige, so übersteigt die Sparquote die Investitionsquote bzw. die Güternachfrage ist geringer als das Güterangebot, es sind deshalb Preissenkungen zu erwarten, welche die Gewinne der Unternehmer verringern und damit gleichzeitig die Einkommensverteilung zu Lasten der Gewinnquote verschieben. Damit ist nachgewiesen, dass der Markt automatisch zu einem Abbau vorübergehender Ungleichgewichte führt.



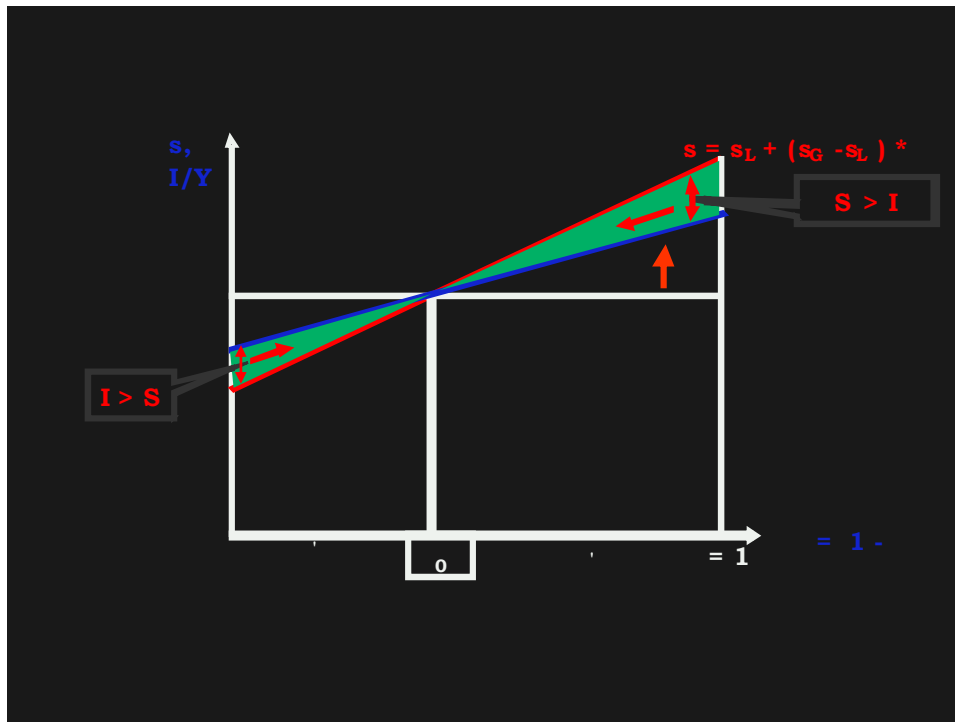
Wie kann nun auf der Grundlage dieser Theorie die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer verändert werden? Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten: An und für sich wäre es möglich, die Gewinnquote dadurch zu reduzieren, dass die Investitionsquote verringert würde; dies würde jedoch zu Wachstumsverlusten führen und unter Umständen trotz gesteiger Lohnquote zu einer Redu-

zierung des absoluten realen Lohneinkommens führen. Damit wäre dem Interesse der Arbeitnehmer nicht gedient.

Zweitens ist es möglich, auf politischem Wege die Sparquote der Arbeitnehmer zu erhöhen mit dem Ergebnis, dass der Schnittpunkt der Sparfunktion mit der Investitionsgeraden bei einer geringeren Gewinnquote liegen würde. Eine solche Erhöhung der Sparquote der Arbeitnehmer kann z. B. dadurch erreicht werden, dass ein Teil des Lohnes als Investivlohn gewährt wird. Ein Investivlohn wird nicht bar ausgezahlt, sondern dem Arbeitnehmer auf einem Sparkonto gutgeschrieben.

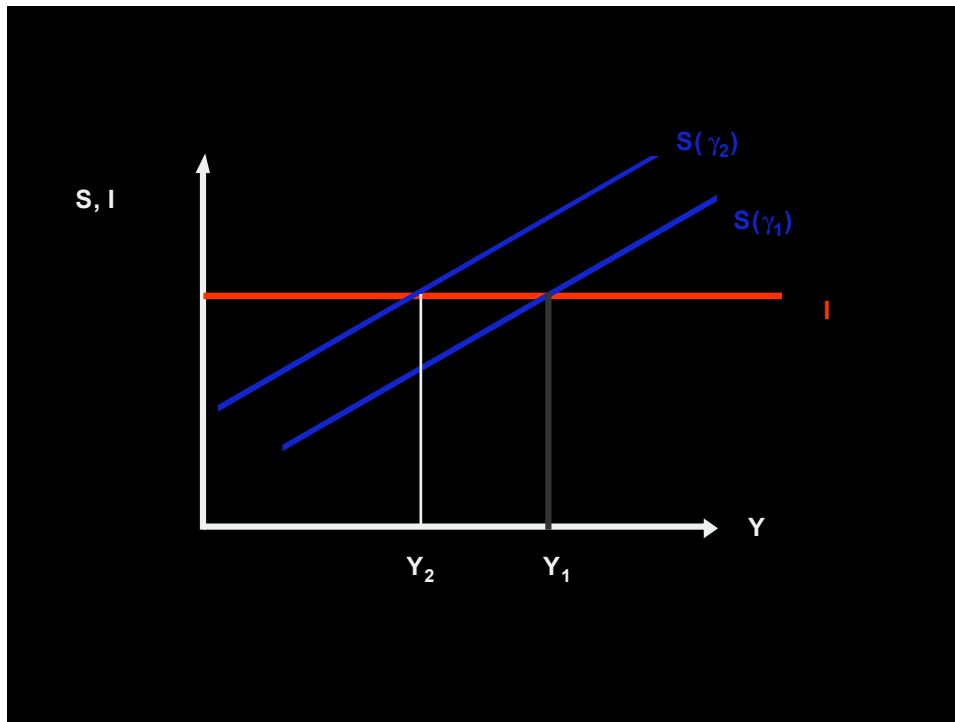
Es mag verwundern, dass innerhalb dieser Theorie Nominallohnsteigerungen nicht in den Kranz der möglichen Bestimmungsgründe der Lohnquote eingehen. Der Grund liegt darin, dass Lohnerhöhungen zu keiner Veränderung der Spar- oder Investitionsfunktion führen. Kaldor hat sein Modell für eine Volkswirtschaft bei Überbeschäftigung entwickelt. Lohnerhöhungen können in dieser Situation voll auf den Preis überwälzt werden und verändern deshalb den Reallohn überhaupt nicht.

Dass die Investitionsquote auf Veränderungen in der Einkommensverteilung nicht reagiert, mag bezweifelt werden. Wie unten stehende Graphik zeigt, verändern sich jedoch die Ergebnisse nicht wesentlich, wenn man unterstellt, die Investitionsquote steige mit wachsender Gewinnquote. Solange die Steigung dieser Investitionsfunktion geringer bleibt als die Steigung der Sparfunktion, garantiert der Schnittpunkt beider Kurven nach wie vor ein stabiles Gleichgewicht, zu dem der Markt automatisch nach Datenänderungen zurückfindet.

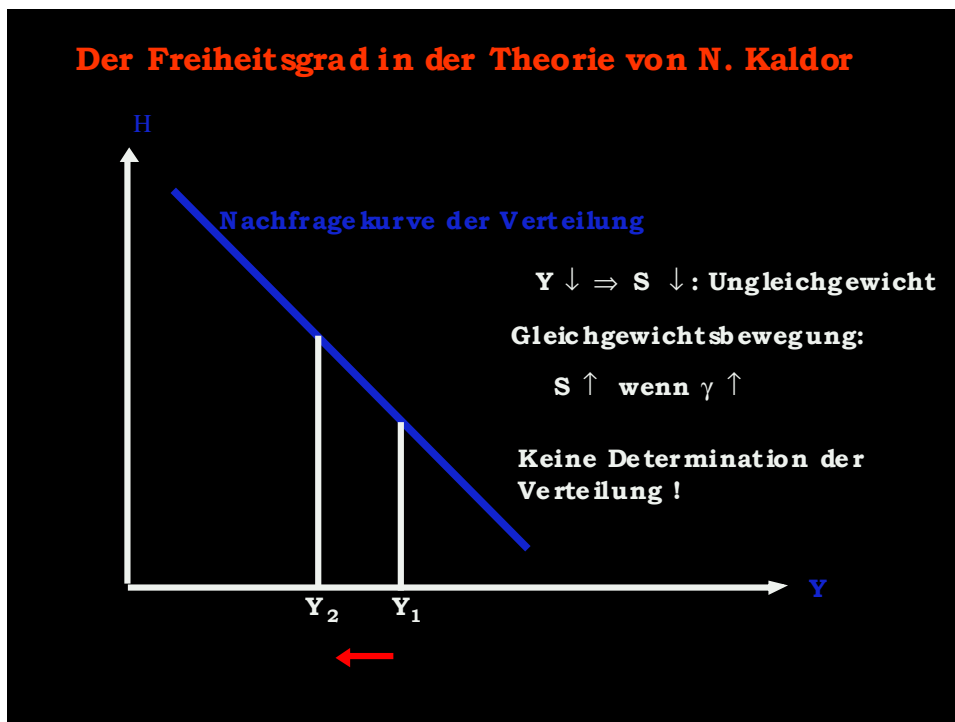


Der Hauptmangel der Kaldorianischen Verteilungstheorie besteht darin, dass sie nur für eine Situation der Überbeschäftigung gültig ist. In Wirklichkeit müssen wir aber auch mit Situationen rechnen, in denen wegen eines Konjunkturrückganges zeitweise mit Unterbeschäftigung zu rechnen ist. In diesem Falle kann jedoch die Einkommensverteilung nicht mehr allein aus Nachfragefaktoren erklärt werden. Erst durch Hinzuziehung einer angebotsbezogenen Verteilungsbeziehung lässt sich die Höhe der gleichgewichtigen Einkommensverteilung bestimmen.

Betrachten wir unten stehende Graphik. Da die Sparfunktion von der Einkommensverteilung abhängt, gibt es eine ganze Schar von Sparfunktionen, wobei die Sparfunktion umso höher liegt, je höher die Gewinnquote ist. Es gibt also auch eine ganze Schar von Gleichgewichten, wobei das gleichgewichtige Inlandsprodukt umso größer ist, je geringer die Gewinnquote ist.



Wir können nun diese Beziehung zwischen Gewinnquote und Inlandsprodukt in ein neues Diagramm einzeichnen:



Die Nachfragebeziehungen verlangen, dass die Einkommensverteilung auf der Nachfragekurve der Verteilung liegt; welcher Punkt dieser Linie jedoch realisiert wird und damit auch bei welcher In-

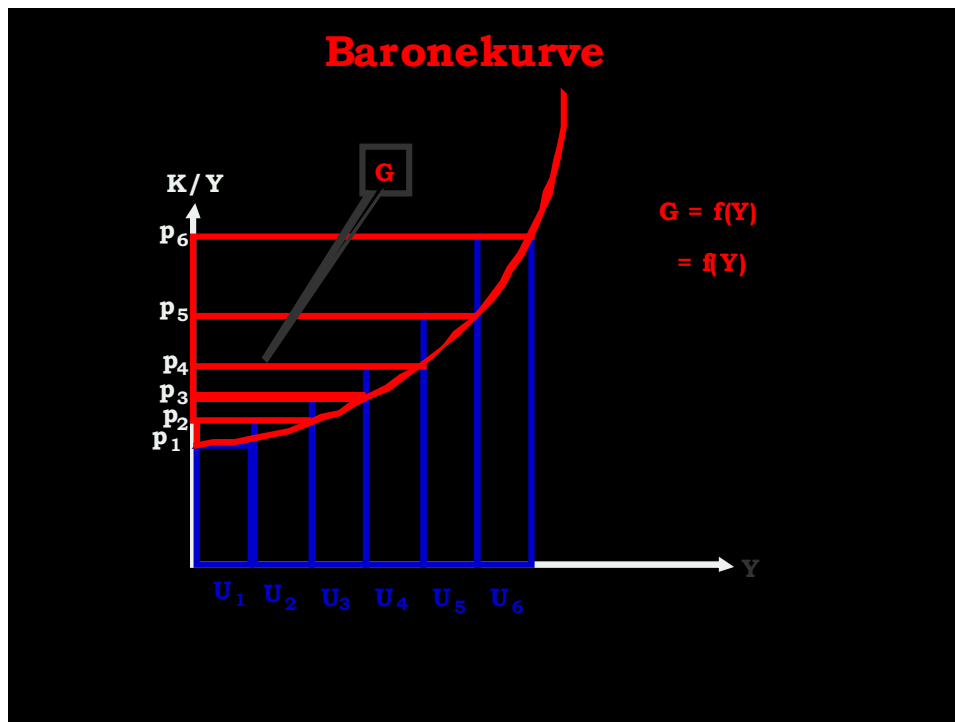
landsprodukthöhe und bei welcher Gewinnquote sich das Gleichgewicht einstellt, diese Frage kann nur geklärt werden, wenn eine weitere – angebotsbezogene Beziehung zwischen Inlandsprodukt und Einkommensverteilung – herangezogen wird. Die Verteilungstheorie von Kaldor erhält einen Freiheitsgrad, wenn wir sie auf alle Ungleichgewichtssituationen übertragen.

15. Carl Föhl: Einbeziehung von Angebotsfaktoren in die Verteilungstheorie

Diese Angebotsbeziehungen zwischen realem Inlandsprodukt und Einkommensverteilung können aus den theoretischen Beiträgen von Carl Föhl gewonnen werden. Carl Föhl zählt zu den sogenannten Deutschkeynesianern, einer Gruppe von deutschen Wissenschaftlern, die etwa zur gleichen Zeit wie Keynes – aber unabhängig von ihm – Kreislaufmodelle zur Erklärung des Inlandsproduktes und der Beschäftigung entwickelt haben. Die Modelle von Carl Föhl zeichnen sich sogar dadurch aus, dass sie die Rolle der Einkommensverteilung *ex pressis verbis* untersucht haben und dass neben Nachfragefaktoren auch Angebotsfaktoren berücksichtigt wurden.

Ausgangspunkt bildet die sogenannte Barone-Kurve, eine Funktion, welche den Verlauf der Durchschnittskosten einer Branche (und einer gesamten Volkswirtschaft) wiedergibt. Hierbei werden die einzelnen Unternehmungen nach der Höhe ihrer Stückkosten angeordnet. In einem Diagramm, auf dessen Abszisse die jeweils produzierte Gütermenge (X) und auf dessen Ordinate die Höhe der Durchschnittskosten (K_D) sowie der Güterpreise (p) abgetragen wird, ermitteln wir die Durchschnittskostenkurve dadurch, dass wir von der Unternehmung (der Branche) ausgehen, welche die geringsten Stückkosten aufweist, wir tragen auf der Abszisse die Menge an Gütern ab, welche diese Unternehmung produziert, auf der Abszisse die Höhe der Stückkosten dieser Unternehmung.

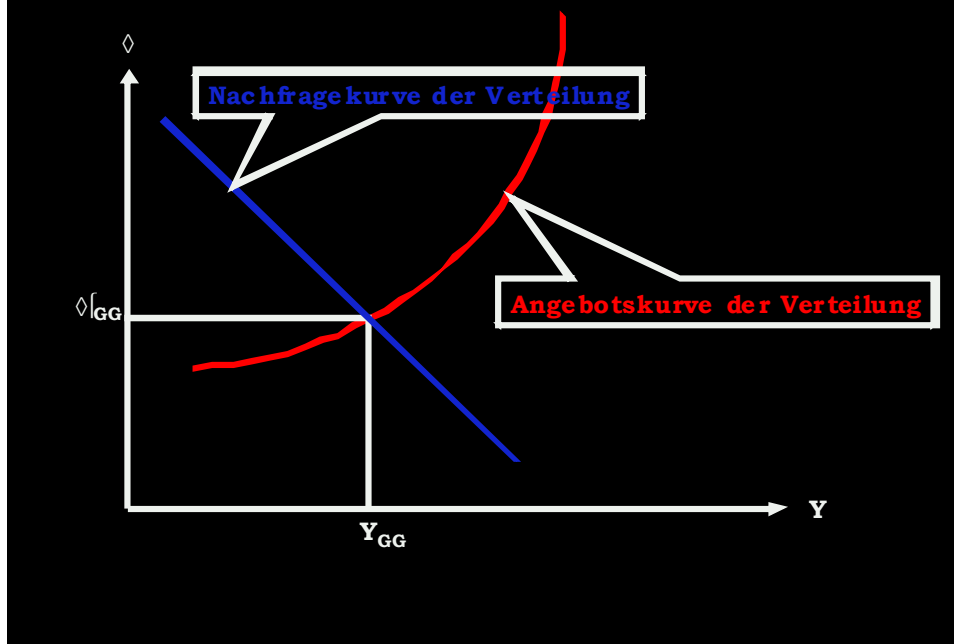
Als nächstes werden Menge und Stückkosten derjenigen Unternehmung eingetragen, welche die zweitgeringsten Stückkosten aufweist. Auf diese Weise werden alle Unternehmungen berücksichtigt; es entsteht hierbei eine treppenartige Kurve, die den Verlauf der Stückkosten in Abhängigkeit des realen Inlandsproduktes (X) wiedergibt.



Die Höhe des Güterpreises (p) hängt nun von der Nachfrage ab. Werden nur so viele Güter nachgefragt, dass sie von der kostengünstigsten Unternehmung (U_1) produziert werden können, entspricht der Preis den Stückkosten dieser Unternehmung, diese erzielt auch keinen Gewinn. Steigt nun die Nachfrage, so muss auch die Produktion von Unternehmungen herangezogen werden, welche diese Güter nur mit höheren Stückkosten produzieren können. Da diese weiteren Unternehmungen jedoch nur dann die Produktion aufnehmen, wenn die Preise mindestens ihren Stückkosten entsprechen und da auf den Gütermärkten alle Anbieter einen gleichen Preis erhalten (es gilt das Gesetz der Preisunterschiedslosigkeit), erzielen die intramarginalen Unternehmungen einen Differentialgewinn, welcher der Differenz zwischen den jeweiligen Stückkosten und den Stückkosten desjenigen Unternehmers (des sogenannten Grenzunternehmers) entspricht, dessen Produktion gerade noch zur Befriedigung der Nachfrage notwendig ist.

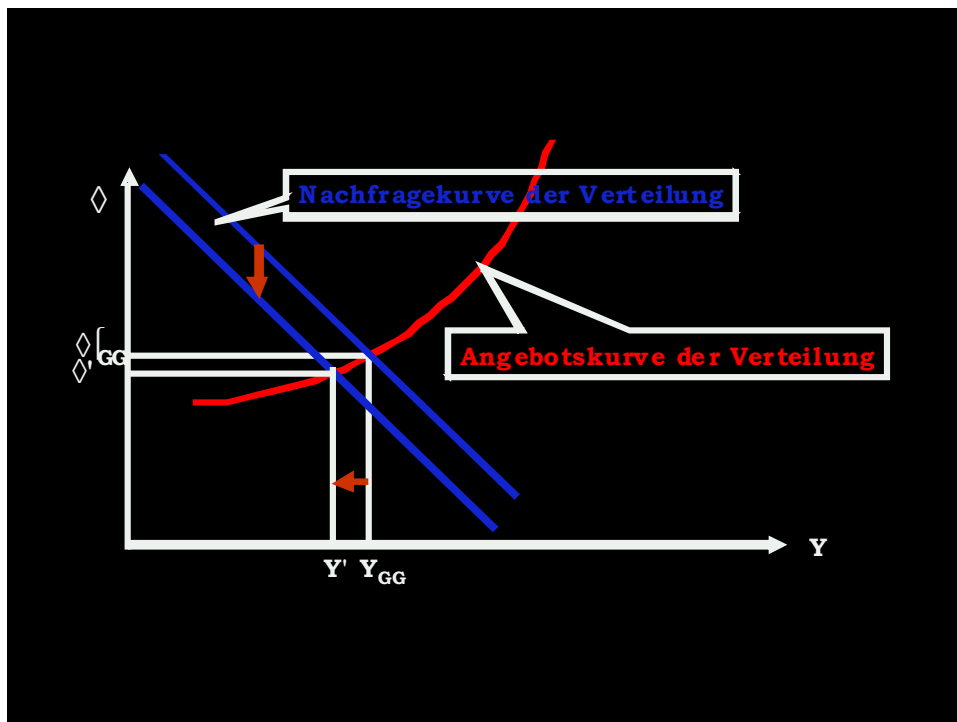
Ein Blick auf unser Diagramm zeigt auf, dass jeder realen Inlandsproduktmenge ein bestimmter Umfang an Gewinnen entspricht, wobei sich der Gewinn aus der Fläche errechnet, die von der jeweiligen Preisgeraden und der Durchschnittskostenkurve umschlossen wird. Hierbei gilt, dass der Gewinn, der notwendig ist, um die Nachfrage zu befriedigen, mit wachsendem realem Inlandsprodukt ansteigt. Diese neue Beziehung zwischen Gewinnquote und realem Inlandsprodukt tragen wir nun in unser modifiziertes Kaldor-Modell ein:

Modifizierte Verteilungstheorie von N. Kaldor



Diese Kurve weist eine positive Steigung auf. Der Schnittpunkt beider Kurven (der Nachfrage- und der Angebotskurve der Verteilung) gibt schließlich an, bei welcher Inlandsprodukthöhe und bei welcher Verteilung die Güter- und Kapitalmärkte ihr Gleichgewicht erreichen.

Eine Erhöhung der Lohnquote (bzw. eine Verringerung der Gewinnquote) kann in diesem Modell entsprechend den Vorstellungen Kaldors dadurch erzielt werden, dass die Arbeitnehmer ihre partielle Sparquote (s_L) – z. B. aufgrund der Gewährung eines Investivlohnes – erhöhen. Dies führt in unserem Diagramm zu einer Absenkung der Nachfragekurve der Verteilung. Der neue Schnittpunkt beider Verteilungskurven liegt bei einem geringeren realen Inlandsprodukt, dem auch eine geringere Beschäftigung entspricht. Somit würde eine erzwungene Nominallohnsteigerung (im Rahmen einer expansiven Lohnpolitik) im Endergebnis nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Reduzierung der Beschäftigung führen.



16. John Richard Hicks: Das IS/LM-Schema

Bei unseren bisherigen Überlegungen kam dem Zins bei der Bestimmung des Inlandsproduktes und der Beschäftigung keine entscheidende Bedeutung zu. Keynes hatte seine Theorie zunächst zur Erklärung der Arbeitslosigkeit in der Depression entwickelt und er ging hier davon aus, dass entgegen den neoklassischen Annahmen die Ersparnis nicht von der Zinshöhe abhängt, sie sei ein Restposten, als Ersparnis gelte das Einkommen, das nicht konsumiert wurde und die Konsumnachfrage hänge allein von der Höhe des Einkommens ab.

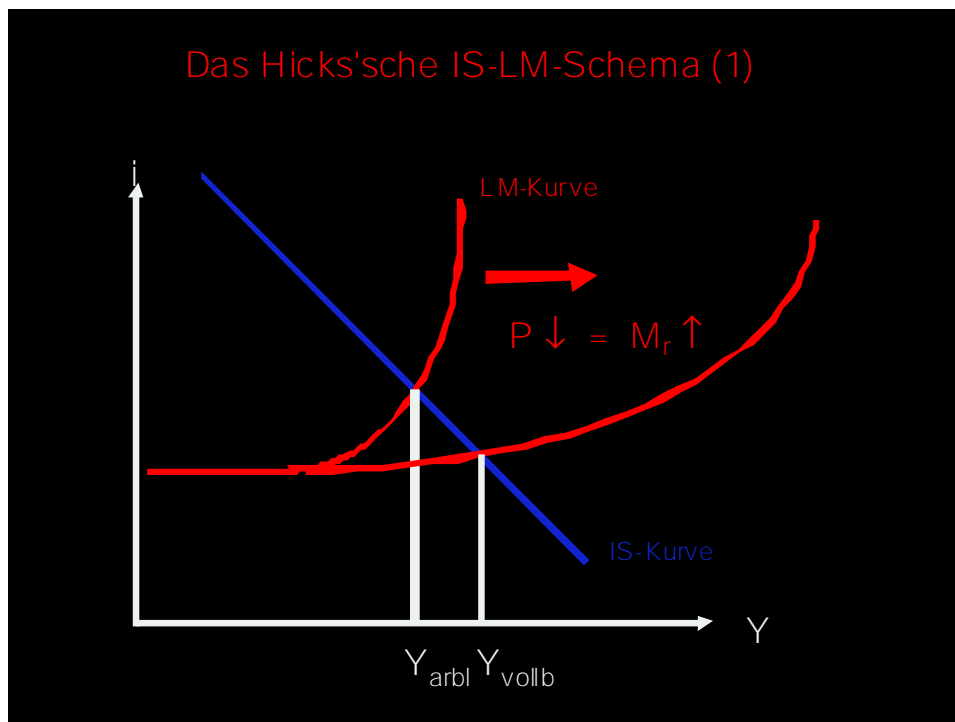
Weiterhin ging Keynes von der Annahme aus, dass in Zeiten der Absatzkrisen eine Zinssenkung nicht in der Lage sei, das Investitionsvolumen entscheidend zu vergrößern, da die Unternehmungen aufgrund des Absatzrückganges über freie Kapazitäten verfügten und deshalb nicht bereit seien, trotz Zinssenkungen die Kapazität durch Investitionen noch weiter zu vergrößern.

Diese Überlegungen klingen allerdings nur solange überzeugend, als man sich auf Erweiterungsinvestitionen beschränkt. Es gibt aber in Wirklichkeit auch Rationalisierungsinvestitionen und diesen kommt gerade bei Konjunkturabschwüngen eine entscheidende Bedeutung

zu, da die Unternehmungen durch Qualitätsverbesserungen sowie durch Kostensenkungen ihre Absatzlage verbessern können.

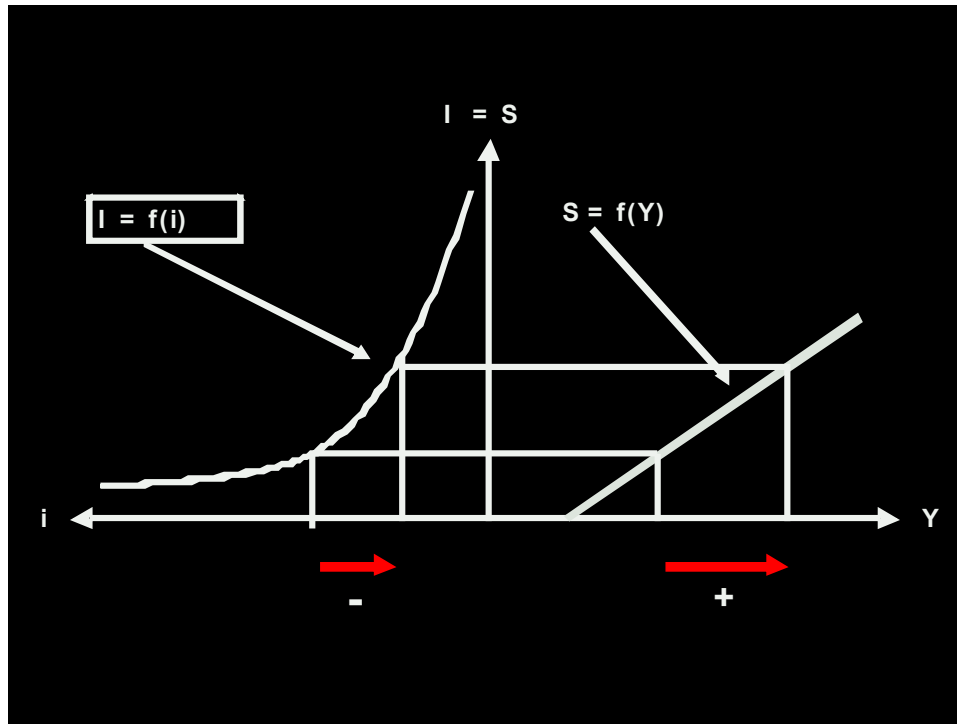
John Richard Hicks hat nun im Streit zwischen Keynesianern und Neoklassikern eine vermittelnde Rolle eingenommen und im sogenannten IS-LM-Schema, das in die Lehrbücher als allgemeines keynesianisches System Eingang gefunden hat, die Bedeutung von Zinsänderungen für die Determination von Inlandsprodukt und Beschäftigung hervorgehoben.

Das IS-LM-Schema stellt ein Diagramm dar, auf dessen Abszisse die Höhe des realen Inlandsproduktes (Y) und auf dessen Ordinate die Höhe des (nominellen) Zinssatzes (i) abgetragen wird. Zwei Funktionen bestimmen hierbei das Gleichgewicht: die IS-Kurve, welche angibt, bei welchen Kombinationen von (i) und (Y) der Kapitalmarkt ins Gleichgewicht gelangt und die LM-Kurve, welche aufzeigt, bei welchen Kombinationen von Zins und Inlandsprodukt der Geldmarkt gleichgewichtig wird.



Die IS-Kurve lässt sich hierbei aus dem Zusammenwirken der Sparfunktion und der Investitionsfunktion ableiten. Für die Ersparnis (S) wird unterstellt, dass sie nur von der Höhe des Einkommens (Y) und nicht von der Zinshöhe abhängt, dass steigendes Einkommen zu steigenden Ersparnissen führt. Für die Investitionsnachfrage wird

angenommen, dass Zinssenkungen zu einer Ausweitung der Investitionsnachfrage führen. Aus beiden Gleichungen: $S = f(Y)$ und $I = f(i)$ ergibt sich dann die im IS-LM-Schema eingezeichnete negativ geneigte IS-Kurve:



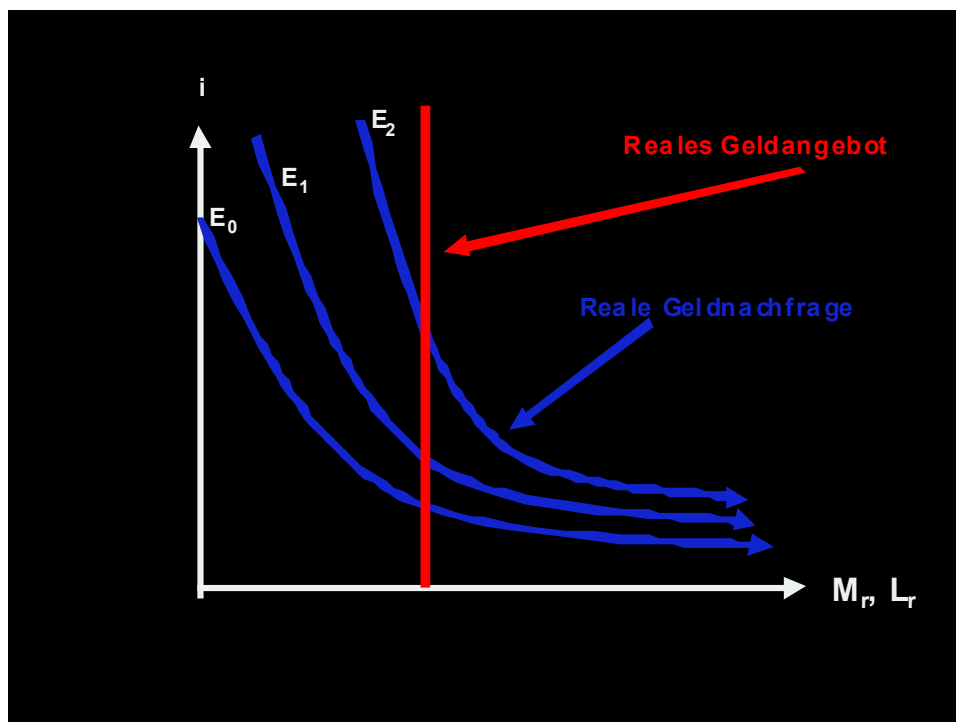
In ähnlicher Weise lässt sich die LM-Kurve aus einem Geldmarktdiagramm ableiten. Geldangebot wie Geldnachfrage werden in realen Größen dargestellt. Wir tragen auf der Abszisse das Geldangebot (M_r) und die Geldnachfrage (L_r), auf der Ordinate die Höhe des Zinssatzes (i) ab. Das Geldangebot hängt von der autonom festgesetzten nominellen Geldmenge, sowie vom Kehrwert des Güterpreisniveaus ab: Es gilt die Angebotsgleichung: $M_r = M/P$. Die reale Geldmenge kann also einmal durch Ausweitung der umlaufenden Geldmenge, zum andern durch Preissenkungen vermehrt werden.

Die Geldnachfrage (L_r) wird einmal durch die Einkommenshöhe, zum andern durch die Zinshöhe bestimmt. Entsprechend der Keynes'schen Theorie der Liquiditätspräferenz wird die Kassenhaltung (die Nachfrage nach Geld) vorwiegend durch zwei Motive bestimmt. Das Transaktionsmotiv lässt sich darauf zurückführen, dass zur Abwicklung der täglichen Transaktionen Geld benötigt wird. Dieser Bedarf steigt in dem Maße, wie das Einkommen steigt.

Das Spekulationsmotiv hängt damit zusammen, dass die Anlage des Geldes in Wertpapieren von spekulativen Überlegungen bestimmt

wird. Ein Haushalt steht vor der Frage, ob er seine flüssigen Mittel in Wertpapieren anlegen soll oder ob er mit der Anlage noch warten soll. Hierbei kommt es auf zwei entgegengesetzt gerichtete Wirkungen an. Entscheidet sich ein Haushalt für eine sofortige Anlage erhält er einen Zins, der ihm bei Verzicht einer Anlage entgeht.

Auf der anderen Seite hängt die Rentabilität der Anlage aber auch davon ab, mit welchen Kursveränderungen in naher Zukunft zu rechnen ist. Wird mit einer starken Kurssenkung in naher Zukunft gerechnet, so verliert der Haushalt durch eine Anlage in Wertpapieren, die Kursverluste können u. U. stärker ausfallen als die Zinsgewinne. In diesem Falle ist es rentabler, mit der Anlage der Gelder zu warten und diese flüssigen Mittel als Spekulationskasse zu halten. Die Nachfrage nach Spekulationskasse steigt mit sinkendem Zins, da bei einer Anlage in Wertpapieren die Zinserträge gering, die befürchteten Kursverluste jedoch hoch sind. Bei geringen Zinsen wird nämlich mit Zinssteigerungen gerechnet, Zinssteigerungen führen jedoch bei den festverzinslichen Wertpapieren zu Kursverlusten. Es ergibt sich folgende Gleichgewichtssituation:

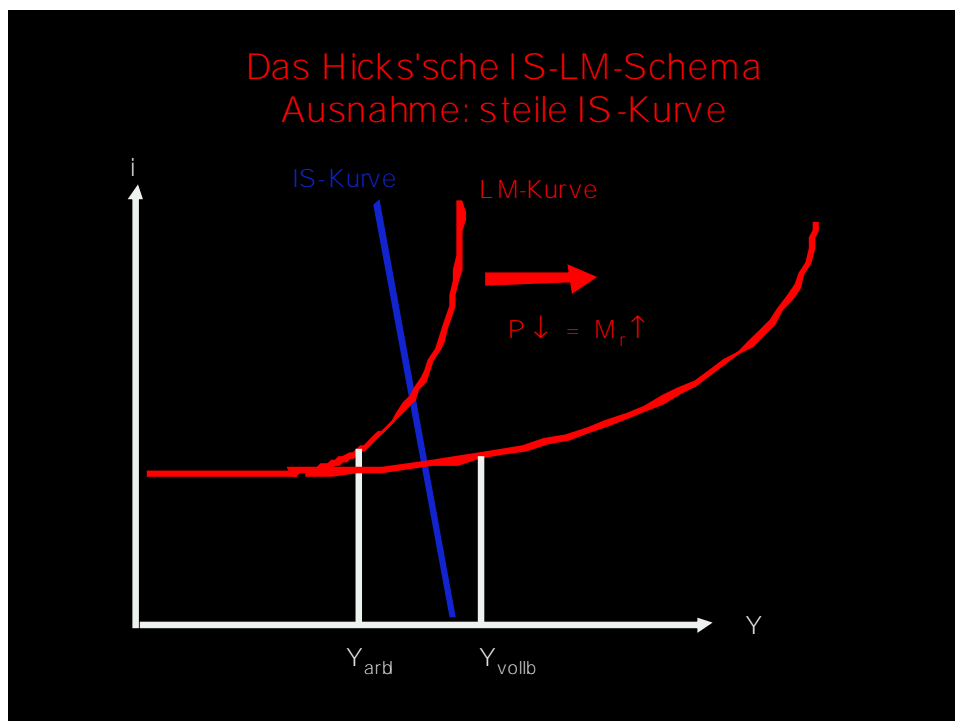


Wie das Diagramm erkennen lässt, entspricht im Gleichgewicht einem höheren Inlandsprodukt auch ein höherer Zins. Wenn wir diese Beziehung in unser IS/LM-Schema einzeichnen, erhalten wir eine positiv geneigte Geldkurve, wobei allerdings der Zinssatz eine be-

stimmte kritische Grenze, bei der die Liquiditätspräferenz unendlich groß wird, nicht unterschreiten kann.

Das IS-LM-Schema lässt erkennen, dass im allgemeinen sehr wohl ein Vollbeschäftigungseinkommen erreicht werden kann, entweder dadurch, dass über Zinssenkungen die umlaufende nominelle Geldmenge autonom vermehrt wird oder dadurch, dass Preissenkungen stattfinden, die entsprechend dem Pigou-Effekt dazu führen, dass zur Erreichung bestimmter Sparziele weniger gespart werden muss und infolgedessen die Konsumnachfrage steigt. Die LM-Kurve wird hier solange nach rechts unten verschoben, bis die LM-Kurve die IS-Kurve bei einem Inlandsprodukt schneidet, bei dem Vollbeschäftigung garantiert wird.

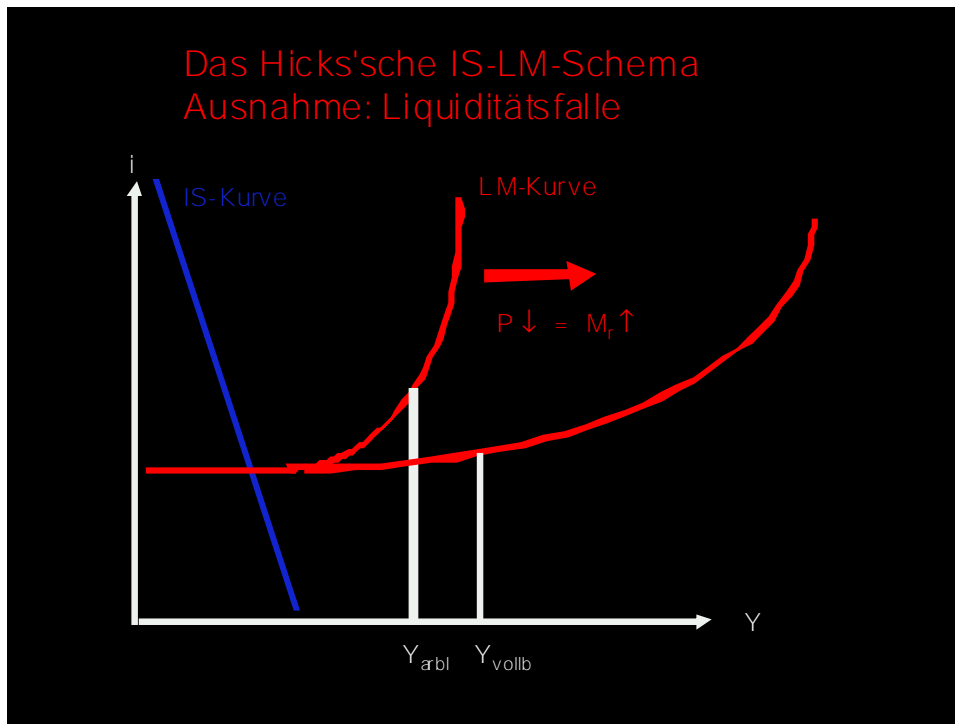
Nur in zwei Extrem-Fällen kann Vollbeschäftigung weder durch Deflationsprozesse noch durch eine expansive Geldpolitik erreicht werden. Fall 1: Die Investitionen lassen sich trotz massiver Zinssenkungen nicht erhöhen, die IS-Kurve verläuft sehr steil, es findet sich keine Zinshöhe, bei welcher der Schnittpunkt beider Kurven durch die Vollbeschäftigungslinie verläuft:



Dieser Fall ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da gerade in Depressionszeiten der Bedarf nach Rationalisierungsinvestitionen groß ist

und deshalb Zinssenkungen sehr wohl im Allgemeinen zu einer Ausweitung der Investitionsnachfrage führen werden.

Fall 2: Die Liquiditätspräferenz ist extrem groß, es gelingt deshalb nicht, durch Deflation oder expansive Geldpolitik die LM-Kurve soweit nach rechts unten zu verschieben, dass wiederum ein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung erreicht werden könnte:



Auch dieser Fall der Liquiditätsfalle, bei der jeder noch so große Zuwachs an realem Geld sofort in den Spekulationskassen verschwindet, ist sehr unwahrscheinlich. Keynes selbst sah in der These von der Liquiditätsfalle ein zwar theoretisch hoch interessanter, aber praktisch sehr unwahrscheinlicher Fall.

17. Milton Friedman: Die Rolle der Erwartungen

Milton Friedman ist der Begründer der Neoquantitätstheorie. Empirisch betrachtet sei nahezu jede Inflation auf eine zu große Vermehrung der umlaufenden Geldmenge zurückzuführen. Er wandte sich vor allem gegen die keynesianische ‚go and stop‘ Policy, wonach die Notenbank bei Konjunkturabschwüngen die Geldmenge ausweiten und bei Konjunkturaufschwüngen verringern müsse. Eine solche Politik vergrößere das Investitionsrisiko und vergrößere deshalb die Gefahr konjunktureller Abschwüngen. Man könne nur dann mit ei-

ner hohen Investitionsbereitschaft rechnen, wenn die Investoren mit langfristig konstanten Zinsen rechnen könnten.

Auch könne eine ‚go and stop‘ Policy nicht funktionieren, da längere Verzögerungsphasen verstreichen würden, bis sich die geldpolitischen Maßnahmen im Inlandsprodukt und im Beschäftigungsgrad ausgewirkt haben. Auf der einen Seite verfüge die Notenbank gar nicht über sichere Prognosen darüber, wie sich das Inlandsprodukt und die Beschäftigung in den kommenden Jahren entwickeln wird, also könne man auch nicht angeben, wann ein Abschwung (bzw. eine Konjunkturüberhitzung) erwartet werde und wann deshalb eine rationale Politik mit Gegenmaßnahmen einsetzen müsse.

Bei diesen zu erwartenden langen ‚time lags‘ müssten Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung bereits in einer Zeit eingeleitet werden, in der noch größere Arbeitslosigkeit vorherrsche. Genauso wenig werden Politiker bereit sein, in Zeiten, in denen noch Erscheinungen der Konjunkturüberhitzung zu beobachten seien, bereits Maßnahmen der Konjunkturbelebung einzuleiten. Eine solche Politik überfordere die Politiker in einer Demokratie eindeutig.

An die Stelle des ‚go and stop‘ soll die Notenbank von den langfristig erwarteten Wachstumsraten des realen Inlandsproduktes ausgehen und die jährliche Geldmengenausweitung an diesen Erwartungen ausrichten. So entwickelte Milton Friedman zunächst den 5% Plan, wonach aufgrund der Erwartung eines langfristigen Wachstums des Inlandsproduktes von 3% und aufgrund einer Mehrnachfrage nach Geld bei wachsendem Volkseinkommen (Luxusgeldhypothese) von etwa 2% die Notenbank die Geldmenge jährlich um 5% anheben sollte. Später korrigierte er diese Vorschläge zu einem 3% Plan, wonach vor allem wegen eines Rückgangs im Bevölkerungswachstum eine 3% jährliche Vermehrung der Geldmenge ausreiche, um die Volkswirtschaft auf Wachstumspfad zu halten.

Was für die ‚go and stop Policy‘ in der Geldpolitik gilt, kann auch – worauf vor allem Hans Besters aufmerksam gemacht hat – auf die staatliche Fiskalpolitik übertragen werden. Auch hier wäre es falsch, durch Gegensteuern die Konjunktur glätten zu wollen. Wegen des Vorhandenseins von ‚time lags‘, und der Unzulänglichkeiten in der gesamtwirtschaftlichen Prognose bestünde die Gefahr, dass auf diese Weise der Ausschlag der Konjunkturwellen sogar noch verstärkt würde.

Aus ähnlichen Gründen sei es allerdings auch falsch, einen Ausgleich des Staatsbudgets dadurch erzwingen zu wollen, dass man in Zeiten des Konjunkturabschwungs und zurückgehender Steuereinnahmen die Staatsausgaben in gleichem Umfange reduziert. Auf diese Weise würden auch hier die Konjunkturschwünge verschärft und nicht reduziert.

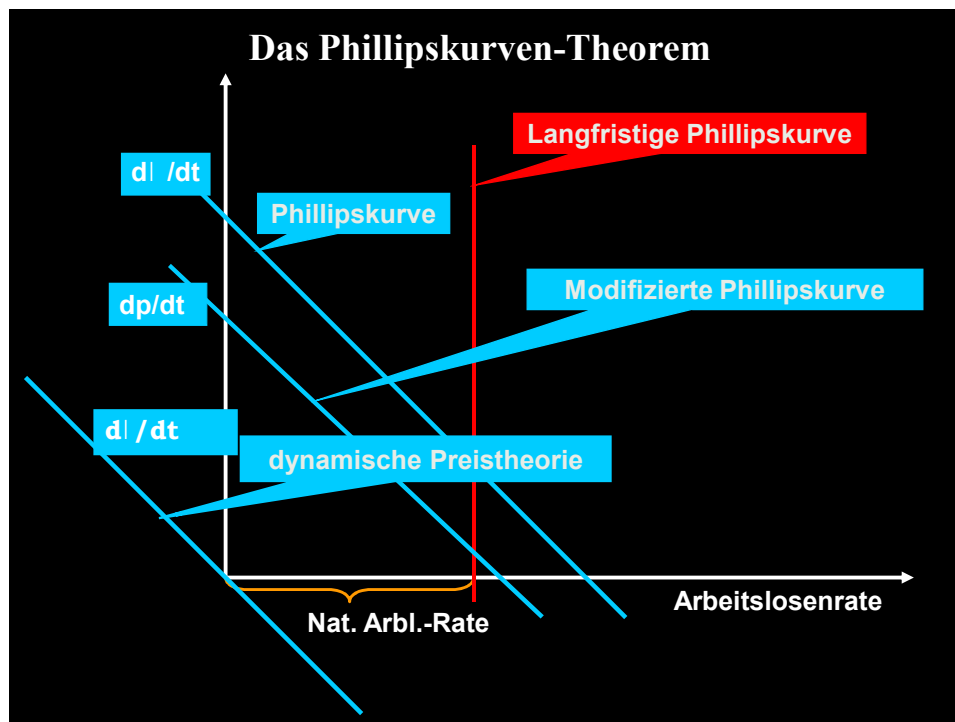
Vielmehr sei es genauso wie in der Geldpolitik – mutatis mutandis – anzustreben, die Staatsausgaben danach festzusetzen, mit welchen langfristigen Wachstumsraten des Inlandsproduktes und damit auch der Steuereinnahmen gerechnet werden kann. In diesem Falle hat also die Politik auf Rückgänge in den Steuereinnahmen nicht durch eine kontraktive Ausgabenpolitik zu reagieren, sie wird die langfristig festgesetzten Ausgaben beibehalten, auch dann, wenn diese vorübergehend Defizite im Staatshaushalt verursachen und auf diese Weise sehr wohl zur Stabilisierung beitragen, auf der einen Seite dadurch, dass im Keynesianischen Sinne vom Staat Kaufkraft abgeschöpft wird, auf der anderen Seite aber auch dadurch, dass durch diese stabile Ausgabenpolitik des Staates die Sicherheit der privaten Unternehmungen erhöht wird.

In Zeiten der Stagflation spricht noch ein weiterer Umstand gegen eine ‚go and stop‘ Politik. Stagflation liegt vor, wenn zur gleichen Zeit die Güterpreise steigen und die Beschäftigung sinkt. Stagflationserscheinungen bringen die keynesianische Theorie in Bedrängnis, da diese nicht erklären kann, wieso bei einem Beschäftigungsrückgang die Güterpreise ansteigen. Darüber hinaus gefährden die keynesianischen Instrumente (Nachfrageexpansion und -kontraktion) bei Vorliegen einer Stagflation stets eine Zielgröße (Vollbeschäftigung oder Preisniveaustabilität). Eine staatlich eingeleitete Nachfrageexpansion z. B. würde zwar den Beschäftigungsgrad u. U. erhöhen, gleichzeitig aber auch die Gefahr der Inflation vergrößern.

Milton Friedman hat im Rahmen der Diskussion um das Phillipskurventheorem weiterhin gegen eine keynesianische Beschäftigungspolitik eingewandt, dass sie allenfalls kurzfristigen Erfolg habe. Phillips hatte im Rahmen empirischer Untersuchungen aufgezeigt, dass ein Trade off zwischen Arbeitslosenrate und Lohnsteigerungsrate bestehe. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sei die Lohnsteigerung gering, vice versa. Anhand der von Paul Samuelson modifizierten Phillips-Kurve (Trade off zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenrate) lässt sich zeigen, dass durch nachfragesteigernde Beschäftigungsprogramme über eine Bewegung entlang der Phillips-

Kurve die Arbeitslosenrate reduziert werden kann, dass dieser Beschäftigungserfolg aber zu Preissteigerungen führt und damit das Ziel der Geldwertstabilität verletzt.

Langfristig wird nach Auffassung von Friedman die Phillips-Kurve zu einer Parallelen der Ordinaten-Achse. Die Tarifpartner setzten nämlich bei der nächsten Tarifrunde eine Lohnanpassung durch, diese vermindere die Gewinne und damit den Anreiz zur Mehrbeschäftigung. Erwarten nun die Arbeitgeber diese Politik der Gewerkschaften, käme es auch gar nicht zu der erhofften Mehrbeschäftigung. Eine keynesianische Politik ist nur solange erfolgreich, als die Marktpartner nicht mit den Reaktionen der Gegenseite rechnen.



In ähnlicher Weise lässt sich zeigen, dass auch eine keynesianische Politik zur Bekämpfung einer Inflation nur solange erfolgreich ist, als diese Politik nicht von den Marktpartnern erwartet wird. Eine Inflation wird im Rahmen einer keynesianischen Politik dadurch bekämpft, dass dem privaten Nachfrageüberschuss ein (gleichgroßer) Überschuss des Staatsbudgets gegenübergestellt wird, der z. B. über einen Anstieg der Steuersätze erzielt wird. Die dadurch hervorgerufene Nachfrage-dämpfung wird jedoch wiederum aufgehoben, wenn die Gewerkschaften auf die Steuererhöhung damit reagieren, dass sie zum Ausgleich einen höheren Bruttolohn fordern.

18. Beschäftigung und Wachstum des Inlandsproduktes

Zum Abschluss wollen wir uns nochmals etwas kritisch mit der keynesianischen Beschäftigungsfunktion befassen. Es gehört zu den Überzeugungen der Keynesianer, dass durch fiskalpolitische Aktivitäten das Inlandsprodukt und darüber schließlich die Beschäftigung gesteigert werden kann. Die Keynesianische Theorie geht hierbei von einer einfachen Beschäftigungsfunktion aus: Eine Steigerung des Inlandsproduktes ist notwendige und zugleich ausreichende Voraussetzung für eine Beschäftigungssteigerung und damit auch für einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Es wird hierbei stillschweigend entweder ein homogener Produktionsfaktor Arbeit unterstellt oder angenommen, dass zwar unterschiedliche Arbeitsqualifikationen zur Produktion benötigt werden, dass aber die Arbeitskoeffizienten konstant bleiben und deshalb bei einer Mehrproduktion die Nachfrage nach allen Arbeitskräften (gleichmäßig) ansteigt. Genau diese Annahmen treffen jedoch in der Realität nicht zu.

Wir haben in der Realität von verschiedenen Arbeitsqualitäten auszugehen. Nehmen wir den einfachsten Fall, dass zur Produktion auf der einen Seite Facharbeitskräfte, auf der anderen Seite weitgehend ungelernte Arbeiter eingesetzt werden. Weiterhin müssen wir davon ausgehen, dass in Zeiten der Rezession vorwiegend die ungelerten Arbeitskräfte arbeitslos werden, während die Facharbeitskräfte zwar nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend vollbeschäftigt bleiben.

Kommt es nun aufgrund einer keynesianischen Beschäftigungspolitik zu einer Ausweitung der Nachfrage, so kann die Reduzierung der Arbeitslosenzahl aus mehreren Gründen scheitern.

Erstens müssen wir mit der Gefahr rechnen, dass die Mehrnachfrage gar nicht zu einer Ausweitung der Produktion führt, da hierzu bestimmte Fachkräfte benötigt würden, die jedoch bereits vollbeschäftigt waren und die deshalb nicht mehr für ein zusätzliches Angebot zur Verfügung stehen.

Zweitens muss befürchtet werden, dass es zwar zu einer Mehrproduktion kommt, dass aber diese Mehrproduktion aufgrund eines Mechanisierungsprozesses zustande kam, der zur Folge hat, dass ein Teil der bisher beschäftigten ungelerten Arbeitnehmer durch Maschinen ersetzt wird und dass diese deshalb entlassen werden. Die

Arbeitslosigkeit wird nicht – wie erhofft – geringer, sondern sogar größer.

Drittens kann auch der Fall eintreten, dass zwar die Güterproduktion steigt, dass aber die Unternehmer die Anfertigung der Produktionsteile, welche vorwiegend von ungelerten Arbeitskräften hergestellt werden können, ins Ausland verlegen. Die Unternehmer werden auf diese Weise immer dann reagieren, wenn die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnsätze die Produktivität dieser Arbeitskräfte übersteigt und zusätzlich im Ausland deutlich geringere Lohnsätze zu zahlen sind. Eine Nachfragepolitik eignet sich somit keinesfalls immer zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit.